

Substanzielles Protokoll 27. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 10. Dezember 2014, 14.15 Uhr bis 16.27 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|-------------------|--|----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | <u>2014/374</u> * | Weisung vom 26.11.2014:
Liegenschaftsverwaltung, Tauschvertrag mit der Spross-Immobilien AG betreffend Übernahme der Wohnliegenschaft Jupitersteig 6/8, Sonnenbergstrasse 13/19, Quartier Hirslanden, und Abgabe von Bauland an der Emil-Klöti-/Kürbergstrasse, Quartier Höngg, Vertragsgenehmigung | FV |
| 4. | <u>2014/280</u> | Weisung vom 10.09.2014:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets) | FV |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

576. 2014/374

Weisung vom 26.11.2014:

Liegenschaftsverwaltung, Tauschvertrag mit der Spross-Immobilien AG betreffend Übernahme der Wohnliegenschaft Jupitersteig 6/8, Sonnenbergstrasse 13/19, Quartier Hirslanden, und Abgabe von Bauland an der Emil-Klöti-/Kürbergstrasse, Quartier Höngg, Vertragsgenehmigung

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 8. Dezember 2014

577. 2014/280

Weisung vom 10.09.2014:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2015 wird genehmigt.
2. Die Produktgruppen-Globalbudgets für das Jahr 2015 werden genehmigt.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 18 667 200.– nach erfolgter Lohnrunde 2015 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
4. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
5. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2015 wird genehmigt.
6. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2015 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2015 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2015 mit zwei Produktgruppen wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2015, Entwurf des Stadtrats vom 10.09.2014
- Produktgruppen-Globalbudgets, Entwurf des Stadtrats vom 10.09.2014

- Novemberbrief vom 05.11.2014
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 24.11.2014
- Anträge der RPK vom 24.11.2014, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referentin zur Vorstellung der Weisung:

Rebekka Wyler (SP): Der Stadtrat legt dem Gemeinderat ein Budget mit einem Verlust in der Höhe von 160 Millionen Franken in der Laufenden Rechnung vor. Einem Aufwand von 8,6 Milliarden Franken stehen Erträge von 8,4 Milliarden Franken gegenüber. Im Vergleich zum Budget 2014 steigt der Gesamtaufwand um 180 Millionen Franken, gleichzeitig gibt es Mehrerträge in der Höhe von 193 Millionen Franken. Der Abschluss der Rechnung 2014 ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bekannt, das Defizit wird aber voraussichtlich noch 100–120 Millionen Franken betragen und liegt damit unter dem im Budget 2014 vorausgesagten Minus von 173 Millionen Franken. Wir gehen davon aus, dass das Eigenkapital bis Ende Jahr auf gut 400 Millionen Franken schrumpft – unter Verrechnung der aktivierten Schulden gegenüber der Pensionskasse sind es noch gut 150 Millionen Franken. Der weiterhin steigende Personalaufwand ist vor allem auf Stellenschaffungen im Schulamt (SAM), in den Stadtspitälern und in den Pflegezentren zurückzuführen. Der Sachaufwand steigt mit 1815 Millionen Franken sowohl gegenüber der Rechnung als auch gegenüber dem Budget 2014. Die geplanten Investitionen liegen mit knapp 1,2 Millionen Franken um 191 Millionen Franken höher als in der Rechnung, sind aber fast 40 Millionen Franken tiefer als im Budget 2014. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt gegenüber der Rechnung 2013, nimmt aber gegenüber dem Budget 2014 leicht zu; mit 50,1 % unterschreitet er aber das langjährig angestrebte Niveau von 70 %.

Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) begrüsst, dass auf Budgetierungen, deren Realisierung unsicher ist, verzichtet wurde – insbesondere auf Pauschalabzüge. Die RPK hält fest, dass die Departemente mit den zugewiesenen Plafonds nicht einheitlich umgegangen sind, und wünscht, dass die Plafonds flächendeckend eingehalten werden. Wir sind beunruhigt, was das strukturelle Defizit und die Entwicklung der Steuereinnahmen angeht und weisen darauf hin, dass letztere auch wieder einmal sinken könnten. Wir halten es für ungünstig, dass die Kommunikation von Kürzungsbeschlüssen und Planzahlen Anfang Dezember erfolgte; zwischen dem Novemberbrief und dem Abschluss der Budgetberatungen sollte keine Kommunikation vonseiten der Regierung mehr stattfinden. Als störend erachten wir auch, dass einzelne Budgetkürzungen, die schon letztes Jahr beschlossen wurden, dieses Jahr erneut eingestellt wurden.

Zu einzelnen Departementen und Dienstabteilungen: Die RPK begrüsst, dass die festgestellten Doppelspurigkeiten im Bereich Human Resources (HR) angegangen werden. Betreffend Lohnfortzahlungen nach Entlassungen und Abfindungen erwarten wir eine rasche Erfüllung der hängigen Motion. Die Ausgaben der Organisation und Informatik (OIZ) steigen, wobei dies oft damit begründet wird, dass Leistungen für andere Departemente und Dienstabteilungen übernommen werden. Gleichzeitig steigen aber in den meisten Dienstabteilungen die Ausgaben für IT-Dienstleistungen Dritter. Der Stadtrat soll die IT-Ausgaben plafonieren. Was die Entwicklung des Return on Investment des städtischen Glasfaserkabelnetzes angeht, haben wir gewisse Bedenken. Erfreut sind wir über die besseren Ergebnisse der beiden Stadtspitäler wie auch darüber, dass das Bettenhaus im Stadtspital Triemli (STZ) nun doch nicht so aufwendig saniert wird.

Die RPK beantragt die Behandlung des vorliegenden Voranschlags 2015 mit dem eingereichten Änderungsantrag. Eine Minderheit der RPK stimmt dem Budget wie auch den Produktgruppen-Globalbudgets für das Jahr 2015 zu, eine andere Minderheit lehnt beide Budgets ab. Eine Mehrheit hat sich in der Abstimmung enthalten. Den Anträgen

des Stadtrats betreffend die Übertragung der pauschalen Budgetkredite für das Städtische Lohnsystem (SLS) und die Lohnmassnahmen auf die Besoldungstitel der Dienstabteilungen, die Festlegung des Steuerfusses auf 119 % sowie die Kenntnisnahme des Budgets der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien und des Globalbudgets der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) stimmt die RPK mehrheitlich zu. Der Genehmigung des Budgets der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen (PWG) und der Stiftung Alterswohnungen (SAW) stimmt die RPK zu.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 578–584)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

578. 2014/397

**Erklärung der SP-Fraktion vom 10.12.2014:
Finanzverwaltung, Budget 2015, Genehmigung Budgetentwurf**

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Weder Panik noch Abbau angesagt

Das Budget 2015 der Stadt Zürich prognostiziert ein Minus von 160 Millionen Franken. Das negative Ergebnis ist auf steigenden Personal- und Sachaufwand sowie auf den Wegfall von Sondereffekten zurückzuführen. Wie der aktualisierte Aufgaben- und Finanzplan zeigt, haben sich die mittelfristigen Perspektiven stark verbessert. Die Lage ist also nicht komfortabel, sie gibt aber auch keinen Anlass zur Panik.

Der steigende Personalbedarf in Spitälern, Pflegezentren und Schulen ist die Folge einer wachsenden Stadt. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen können unsere Stadtspitäler ein besseres Ergebnis als im Vorjahr budgetieren. Warum die Bürgerlichen dies nicht gern sehen, bleibt ihr Rätsel. Weiterhin können wir eine zunehmende Nachfrage nach ausserfamiliärer Kinderbetreuung beobachten – eine Entwicklung, die trotz Mehrkosten für die Stadt volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch erwünscht ist und auch durch einen Volksentscheid abgestützt ist.

Neben der Kinderbetreuung haben wir von der Stimmbevölkerung auch beim gemeinnützigem Wohnungsbau, der 2000-Watt-Gesellschaft und beim stadtverträglichen Verkehr klare Aufträge der Stimmbevölkerung erhalten. Darum wehrt sich die SP gegen Kürzungen bei der Stiftung PWG, bei den energetischen Massnahmen im Hochbau sowie beim Ausbau der subventionierten Krippenplätze. Klar ablehnen werden wir die rasenmäherartigen Kürzungsanträge der Bürgerlichen. Diese sind willkürlich, teilweise gar absurd und setzen falsche Anreize, weil sie die Kostenbewussten strafen.

Sparpotential sehen wir anderswo: Es ist störend, dass im Budget 2015 den 5,5 Millionen Mehraufwand bei der OIZ nicht weniger, sondern mehr Gelder für IT-Aufträge an Dritte gegenüberstehen – konkret geht es um fast 10 Millionen Mehrausgaben. Die SP wird deshalb auch einzelnen Kürzungsanträgen in den Bereichen Informatik, HR oder Dienstleistungen Dritter zustimmen. Wir tragen dort Kürzungen mit, wo dies ohne einschneidende Folgen für Bevölkerung und Personal möglich ist.

Auch die Investitionen müssen unter die Lupe genommen werden. Uns ist bewusst, dass die Stadt Zürich wächst und deshalb auf hohe Investitionen angewiesen ist, wenn sie nicht in einen unerfreulichen und langfristig kostspieligen Rückstand geraten will. Eine Milliarde Nettoinvestitionen sind jedoch sehr hoch. Allerdings ist uns klar, dass jeweils ein Teil der geplanten Investitionen verschoben werden muss und die Rechnung 2015 daher kaum so hoch abschliessen wird, wie heute prognostiziert wird.

Neben den Ausgaben sind aber auch die Einnahmen entscheidend. Wir erwarten, dass die Grossbanken spätestens 2017 endlich wieder Gewinnsteuern zahlen. Zudem muss wieder einmal darauf hingewiesen werden, dass in den letzten Jahren zahlreiche Steuergeschenke für Vermögende und Grossunternehmen auf kantonaler und nationaler Ebene zu empfindlichen Einnahmeneinbussen für die Stadt Zürich geführt haben. Dazu wurden diverse Aufgaben an die Gemeinde abgeschoben. Mit der Unternehmensteuerreform III drohen weitere Ausfälle. Wir begrüssen es, wenn sich der Stadtrat entschieden gegen eine solch verfehlte und kurzfristige Politik einsetzt. Die städtischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollen aber nicht für diese verfehlte Steuergeschenkspolitik der Bürgerlichen aufkommen müssen. Darum lehnen wir den Antrag auf Erhöhung des Steuerfusses ab.

Die SP teilt das Ziel des Stadtrats: Das Defizit muss in den nächsten Jahren auf eine schwarze Null reduziert werden. Dabei sollen aber die richtigen Prioritäten gesetzt werden. Für ein soziales und ökologisches Zürich mit prosperierender Wirtschaft – für alle statt für wenige.

579. 2014/398

**Erklärung der SVP-Fraktion vom 10.12.2014:
Finanzverwaltung, Budget 2015, Genehmigung Budgetentwurf**

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Liebi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Lieber den Wachhund an der Seite als den Pleitegeier im Genick - Rot/Grün verbrennt Abermillionen von hart erarbeiteten Steuerfranken

Seit Jahren warnt die SVP vor den Folgen der Masslosigkeit der rot-grünen Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat der Stadt Zürich. Seit vielen Jahren warnt die SVP davor, dass das horrende Ausgabenwachstum strukturell und systemisch ist. Wir tun das nicht, um die Stadt auszutrocknen, wie das von Linken und Linksdriftenden in ihrer betont und gewohnt überheblich polemischen Art immer wieder in die Öffentlichkeit posaunen. Wir tun das auch nicht für unser eigenes Ansehen, denn dafür gäbe es einfachere Wege. Man müsste nur "Ja" sagen und das Geld der anderen in Robin Hood-Manier unter den Leuten verteilen. Die SVP warnt und arbeitet für die sichere Zukunft unserer Jugend und unserer älteren Mitbürgern.

Genau das tut Rot-Grün nicht – hinter dem sozialen Deckmäntelchen steckt in Wahrheit eine knallharte und unsoziale Umverteilungsmaschine zur Förderung der eigenen Jobs, der eigenen Klientel und der eigenen Pfründe. Ohne rot zu werden, werden uns die vereinigten Roten im Stadtzürcher Parlament auch heute wieder sagen: „Wir haben keinen Spielraum für Einsparungen, es ist doch alles durch Rechtsgrundlagen, Gemeinderatsentscheide und Demographie vorgegeben.“ Einmal mehr wird man sich also janusköpfig hinter Vorgaben verstecken, die man sich notabene selbst auferlegt hat und gleichzeitig Abermillionen von neuen Ausgaben für die Velokultur und Kinderbetreuung beschliessen. Man wird die Notwendigkeit billiger Wohnungen heraufbeschwören und gleichzeitig kein Wort darüber verlieren, dass man alles tun wird, um die grenzenlose Masseneinwanderung, welche gerade die Städte infrastrukturell und finanziell überlastet und überfordert, nicht zu behindern.

Mit Blick auf den Stadtrat ist man geneigt zu sagen, dass dort in einzelnen Departementen offenbar mehr ausgesessen wird, als dass am Stehpult Lösungen erarbeitet würden, welche die infrastrukturellen Herausforderungen unter dem Licht der finanziellen Tragbarkeit erwägen.

Anders ist es nicht möglich, dass alleine zwischen 2010 und 2015 zum Beispiel

- der Gesamtaufwand um 900 Millionen (900'000'000) Franken von 7.7 Milliarden auf 8.6 Milliarden Franken steigt,
- die Löhne für das Verwaltungs- und Betriebspersonal im Schulamt um 35 Millionen Franken von 126 auf 161 Millionen Franken steigen,
- die Löhne für Lehrkräfte um 17 Millionen Franken von 73 auf 90 Millionen Franken steigen,
- die Personalstellen umgerechnet auf ein Arbeitspensum von 100% um schier unglaubliche 1'634 Stellen von 19'616 auf 21'250 Stellen steigen und
- die Elternbeiträge für Kinder in Kindertagesstätten um 16 Millionen Franken von 50.5 auf 66.5 Millionen Franken steigen.

Wo bleiben die Ideen zur Steigerung von Effizienz der Klassengrössen? Wo bleiben die Massnahmen zur Unterscheidung von staatlichen Pflichtaufgaben und solchen, die schlicht maximal nur wünschbar sind? Wo bleiben die Massnahmen zum Abbau der horrenden Schulden? Wo bleiben die Stadträte, die sich nicht vor der Allmacht der Gewerkschaften fürchten?

Stattdessen macht die Stadtregierung Jagd auf die Bevölkerungskreise, welche ihr Leben lang gespart und Steuern bezahlt haben. Alleine die Taxen und Kostgelder für Bewohner der städtischen Alterszentren steigen zwischen 2010 und 2015 um 26 Millionen Franken von 123 Millionen auf 149 Millionen Franken. Hausbesetzer, Asylbewerber, Migranten und Kulturschaffende werden von dieser Stadt vergoldet, Alte und junge Menschen hingegen werden mit dieser Politik kurz-, mittel- und langfristig mit Pech begossen.

580. 2014/399

**Erklärung der FDP-Fraktion vom 10.12.2014:
Finanzverwaltung, Budget 2015, Genehmigung Budgetentwurf**

Namens der FDP-Fraktion verliest Dr. Urs Egger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Orientierungsloser rot-grüner Stadtrat

Das Budget 2015 wurde im Herbst mit einem geplanten Defizit von 148.5 Millionen Franken erneut tiefrot präsentiert. Dazu kam noch der Novemberbrief, der die Verschlechterung auf 160 Millionen Franken trieb. Die FDP zeigte sich bereits damals äusserst beunruhigt über die Finanzlage. Die ebenfalls vom Stadtrat vorgestellten Sparvorschläge im Rahmen des Projekts 17/0 machten klar, dass beim Stadtrat weder Sparwille noch ernsthafte strategische Überlegungen zur langfristigen Sanierung der Stadtfinanzen vorhanden sind. Die FDP hat das vorgelegte Budget in der RPK ernsthaft geprüft und ihre Kürzungsanträge eingebracht. Nach Abschluss der Arbeiten in der RPK versprachen die Stadtpräsidentin und Finanzvorsteher Leupi der Öffentlichkeit vor einer Woche Eckwerte der zukünftigen Finanzentwicklung der Stadt Zürich. Bei diesem peinlichen Auftritt vor den Medien sowie anschliessend im Gemeinderat wurde klar, was die FDP schon lange festgestellt hatte: der rot-grüne Stadtrat hat keine Strategie, um die Finanzlage zu verbessern. Er will dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit aber auch keine Details seines Vorgehens bekanntgeben.

Trotzdem sickern langsam gewisse Informationen durch: Offenbar will der sonst so sozial eingestellte Stadtrat dem Personal Leistungszulagen kürzen. Die FDP stellt sich klar gegen solche Ansinnen. Die Kosten für das Personal müssen durch Stellenreduktionen gesenkt werden. So beantragt die FDP für das Budget 2015 einen Teil der Personalfluktuationen nicht mehr zu ersetzen und auf diese Weise 37 Millionen Franken einzusparen. Sollte in den nächsten Jahren ein ausgeglichenes Budget erreicht werden, wird auch der Stadtrat nicht um Kürzungen beim Personal herumkommen. Nur wird es bei seinem unstrukturierten Vorgehen in ein bis zwei Jahren zu Feuerwehrlösungen auf dem Buckel des Personals kommen.

Nach dem kläglichen Scheitern des 17/0 Projektes verlangt die FDP nun vom Stadtrat eine wirksame Aufgabenüberprüfung. Im vorliegenden Budget 2015 beantragt die FDP eine Reihe von 10%-Reduktionen einzelner Bereiche wie Dienstleistungen Dritter, externe Begleitung von Projekten, temporäre Aktionen in der Öffentlichkeit etc. Insgesamt will die FDP mit eigenen Anträgen oder mit der Unterstützung anderer Anträge das Budget 2015 um gegen 200 Millionen Franken verbessern. Sie erwartet, dass die verantwortungsbewussten Mitglieder des Gemeinderats diese Anträge ebenfalls unterstützen. Sollte dies nicht der Fall sein, und besteht am Ende der Debatte weiterhin ein grosses Defizit, wird die FDP das Budget 2015 ablehnen. Eine Erhöhung des Steuereffusses, wie er von links gefordert wird, weist die FDP mit aller Deutlichkeit zurück. Sie wird ohne Begeisterung für den bestehenden Wert von 119% stimmen. Langfristig wird sich die FDP gegen jegliche Versuche des Stadtrats wehren, das Budget durch Erhöhung von Steuern und Abgaben ausgeglichen zu gestalten. Das Ansinnen des rot-grünen Stadtrates zeigt einmal mehr, dass dieser der Zürcher Bevölkerung ohne Kompass und ernsthaftem Bemühen um Kostensenkungen noch mehr sauer verdientes Geld aus der Tasche ziehen will. Die FDP setzt sich für die Erhaltung der Kaufkraft aller Bevölkerungsschichten ein.

581. 2014/400

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 10.12.2014: Finanzverwaltung, Budget 2015, Genehmigung Budgetentwurf

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Der Spar-Rasenmäher unterläuft den Volkswillen

Die Bevölkerung der Stadt Zürich hat der Politik und der Verwaltung in den letzten Jahren grosse und herausfordernde Aufgaben aufgetragen. Die finanzielle Zukunft unserer Stadt ist aber nicht gerade rosig. Ein Grund dafür ist auch, dass die Finanzindustrie nach wie vor fast keine Gewinnsteuern bezahlt – obwohl sie grosse Boni an ihre Kader sowie Dividenden an die Aktionäre ausschütten kann. Auch die schon umgesetzten und noch kommenden Steuerreformen auf Kantons- und Bundesebene helfen der Stadt überhaupt nicht, ihre Finanzlage zu verbessern – im Gegenteil. Daher werden wir auch bei künftigen Projekten genau darauf achten müssen, was nur wünschbar und was wirklich notwendig ist.

Für die Grünen fällt die Beurteilung des Budgets 2015 zwiespältig aus. Schon der Entwurf des Stadtrats wirkt verschiedenen Projekten entgegen, die auf einem klaren und deutlichen Volksauftrag beruhen und in diesem Sinne nicht nur wünschbar, sondern notwendig sind. Beispiele sind etwa Einsparungen beim Wohnungsbau und der verlangsamte Ausbau der Kinderbetreuung. Zudem ist in diesem Jahr wie noch selten zuvor ungewiss, welche Kürzungsanträge der Gemeinderat noch zusätzlich beschliessen wird. Für uns Grüne ist klar: Was das Volk will und teilweise mit satten Mehrheiten beschlossen hat, soll umgesetzt werden, und zwar in einem Tempo, das nicht eine schleichende Umkehrung des Volkswillens bedeutet! Wir werden uns in der Debatte daher konsequent nach den Grundsätzen der bewährten grünen Politik richten. Wir werden uns gegen alle Versuche zur Wehr setzen, gefällte Beschlüsse im Verkehrsbereich, im Wohnungsbau, in der Kinderbetreuung oder bei der 2000-Watt-Gesellschaft zu verzögern, abzuschwächen oder gar zu unterlaufen.

Mit Sorge sehen wir die vielen Tabellen-Kürzungsanträge der Mitte-Rechts Parteien. Kürzungen bei den Löhnen kommen für uns nicht in Frage, und auch für pauschale Kürzungen bei anderen Konten fehlt uns

das Verständnis. Natürlich ist es einfach, pauschale Kürzungen vorzunehmen. Wir sind aber der Meinung, dass der Gemeinderat konkret sagen muss, wo gespart werden soll, auf welche Leistungen verzichtet werden soll. Dafür wurden wir alle vom Volk gewählt.

Wir gehen mit gutem Beispiel voran: Einige unserer Kürzungs- und Streichungsanträge richten sich gegen eine verfehlte Verkehrs- und Strassenbaupolitik. Bei mehreren Strassenbauprojekten sind keine Lärmschutzmassnahmen an der Quelle vorgesehen, oder im Masterplan Velo vorgesehene Routen werden nicht realisiert. Das können wir so nicht hinnehmen und beantragen deshalb, Projekte gezielt zu streichen, die den Vorgaben der Lärmsanierung bzw. des Masterplan Velo nicht genügen. Umweltschutzgesetz und Städteinitiative haben auch hier klare Aufträge erteilt.

Bei der Wohnbaupolitik schmerzt uns der im Vergleich zu den Vorjahren kleinere Abschreibungsbeitrag an die PWG zur Vergünstigung von Wohnungen. Aber es ist uns klar, dass im Moment ein höherer Beitrag keine politische Mehrheit finden würde. Wir sind überzeugt, dass es in Zürich noch mehr günstige und zahlbare Wohnungen braucht, damit Zürich für alle lebenswert bleibt und eine unerwünschte und notabene auch teure Segregation vermieden werden kann. Dabei hoffen wir natürlich auch, dass die neue Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen Akzente setzen wird.

Das Budget 2015, wie es jetzt dem Gemeinderat zur Debatte vorliegt, werden wir Grünen grundsätzlich unterstützen. Mit der AL zusammen sind wir die einzige Partei, welche gewillt ist, das Budget mitzutragen. Auf uns ist Verlass. Wir werden uns auch weiterhin für tragfähige Lösungen einsetzen und an konstruktiven Entscheidungen mitarbeiten. Deshalb stehen wir hinter diesem Budget, auch wenn nicht jeder Punkt unsere Begeisterung findet. Wir behalten uns aber – wie alle hier im Saal – vor, unseren Entscheid nochmals zu überdenken, falls die Mehrheit im Rat zu viele Ausgaben und Projekte streicht, die für ein soziales und ökologisches Zürich wichtig sind.

582. 2014/401

Erklärung der GLP-Fraktion vom 10.12.2014: Finanzverwaltung, Budget 2015, Genehmigung Budgetentwurf

Namens der GLP-Fraktion verliest Isabel Garcia (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Stadtrat, wir haben ein Problem

Das budgetierte Defizit der Stadt Zürich für das kommende Jahr beträgt inklusive Zusatzkredite und Auflösung der Flughafenschwankungsreserve 125 Millionen Franken. Angesichts der rekordhohen Steuereinnahmen ist das zu viel. Die Grünliberalen unterstützen daher in der kommenden Budgetdebatte substanzielle Aufwandsenkungen.

Zum wiederholten Male präsentiert der Stadtrat ein defizitäres Budget. Das ist problematisch. Wer dem Vorschlag 2015 dennoch etwas Positives abgewinnen möchte, muss sich mit den folgenden Beobachtungen zufrieden geben: Der Aufwandüberschuss fällt tiefer aus als im letzten Jahr, und zumindest der Finanzvorstand sieht nun endlich ein, dass es sich hier um ein strukturelles Defizit handelt, das bekämpft werden muss. Ob das Problembewusstsein auch schon zu den anderen Stadträten durchgedrungen ist, kann noch nicht abschliessend beurteilt werden, dringend nötig wäre es allemal.

Der Stadtrat hat sich bei der Sanierung der städtischen Finanzen nicht mit Ruhm bekleckert. Zu zögerlich und ungeschickt war sein bisheriges Verhalten. Der erste Anlauf, die städtischen Finanzen in den Griff zu bekommen, war das Projekt 17/0. Allerdings fielen die Resultate bescheiden aus. Heute besteht 17/0 eigentlich nur noch als Ziel und nicht mehr als Programm. Um diesem Ziel näher zu kommen, senkte der Stadtrat für das kommende Jahr die Plafonds der Departemente. Das Resultat ist das vorliegende Defizit. Inzwischen hat der Stadtrat anlässlich einer inhaltlich dünnen und unglücklich terminierten Pressekonferenz weitere Plafondsenkungen für die Jahre 2016-18 angekündigt. Immerhin scheint sich der Stadtrat darüber im Klaren, dass es sich dabei nur um einen notwendigen, aber noch nicht hinreichenden Schritt handelt und weitere Anstrengungen notwendig werden.

Dabei unterstützen die Grünliberalen den Stadtrat gerne. Wir haben das Budget des kommenden Jahres wie immer intensiv studiert und zahlreiche Verbesserungsvorschläge eingereicht. Im Sinne einer weiteren Senkung der Plafonds werden wir die Mehrzahl der tabellarischen Kürzungsanträge, die von SVP, FDP, AL und uns eingereicht wurden, unterstützen. Wenn diese tabellarischen Kürzungen Mehrheiten finden, werden wir Einzelanträgen auf den betroffenen Konten nur noch in speziellen Fällen zustimmen. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl Einzelanträge, die wir unterstützen, weil wir sie als sinnvoll und realisierbar erachten. Alles in allem könnten so die geplanten Aufwendungen signifikant gesenkt werden. Wie üblich verzichten wir auf die Unterstützung von Anträgen «für die Galerie und die Statistik», die weder verantwortungsvollem Budgetgebahren entsprechen noch umsetzbar sind.

Die Investitionen werden ebenfalls deutlich über dem angestrebten langfristigen Mittel von 850 Millionen Franken budgetiert. Doch in Anbetracht der Kürzungen in der kommenden Debatte und der Realisierungswahrscheinlichkeit in der Vergangenheit, darf man davon ausgehen, dass sich die Investitionen in der

Rechnung 2015 in der angestrebten Grössenordnung bewegen dürften.

Eine Erhöhung der Steuern kommt für uns nicht in Frage, eine Senkung – im Moment – allerdings auch nicht.

583. 2014/402

**Erklärung der AL-Fraktion vom 10.12.2014:
Finanzverwaltung, Budget 2015, Genehmigung Budgetentwurf**

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Verwaltungsapparat effizienter machen, Steuerfuss-Senkung rückgängig machen

Der Stadtrat hat dem Gemeinderat ein vernünftiges Budget vorgelegt. Mit der Plafonierung der Ausgaben der einzelnen Departemente ist das Defizit deutlich unter die 200-Millionen-Grenze gesenkt worden. Dies ist bemerkenswert, weil der neue Finanzvorstand dieses Ziel ohne Pauschalkürzungen und ohne Auflösung stiller Reserven erreicht hat.

Nein zu Luftbuchungen der Pleitegeier-Fraktionen

Es war zu erwarten, dass die Pleitegeierfraktion dieses Rates diesen Ansatz nicht zu würdigen weiss. Die Zauberlehrlinge von SVP und FDP werden uns in den nächsten 30 Ratsstunden mit Luftbuchungen eine schwarze Null in die Bücher schreiben. Lernen können wir aus diesen Kapriolen, in welchem Ausmass sich die FDP aus einem rationalen finanzpolitischen Diskurs verabschiedet hat.

Notwendige Stellenerhöhungen müssen kompensiert werden

Das heisst aber nicht, dass die finanzielle Lage der Stadt Zürich nicht ausserordentlich angespannt ist. Trotz rekordhohen Steuereinnahmen wird die Stadt Zürich auch 2015 Eigenkapital verbrennen. Das lässt sich nur ändern, wenn der Verwaltungsapparat effizienter wird. Die zusätzlichen Stellen, die wir in der Bildung, der Kinderbetreuung, der Gesundheit und der Pflege brauchen, müssen in den nächsten Jahren zu einem erheblichen Teil in anderen Dienstabteilungen kompensiert werden.

Umdenken in den Departementen notwendig

Das ist nur möglich, wenn sich die Verwaltung auf das Wesentliche konzentriert. Dafür braucht es ein Umdenken in den Departementen. Viele Verantwortliche scheinen noch davon auszugehen, dass man die finanzpolitische Durststrecke mit Gebührenerhöhungen und der Reduktion von Beiträgen überbrücken könne. Dieses Besitzstandsdenken ist überholt.

Rücknahme der Steuerfussenkung unumgänglich

Gleichzeitig sollte aber auch der Gemeinderat ehrlicher werden. Wir werden Projekte wie die Einführung von Tagesschulen, den Ausbau der Kinderbetreuung und eine menschenwürdige Pflege nicht ohne die Rücknahme der 2007 beschlossenen Steuerfussenkung finanzieren können. Den zur Unzeit gefällten Beschluss müssen wir heute rückgängig machen, weil wir das immer noch stattliche Eigenkapital der Stadt Zürich für Zeiten brauchen, in denen wir keine rekordhohen Steuereinnahmen haben.

584. 2014/403

**Erklärung der CVP-Fraktion vom 10.12.2014:
Finanzverwaltung, Budget 2015, Genehmigung Budgetentwurf**

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Das budgetierte Defizit muss massiv kleiner werden – aber es gilt Augenmass und Vernunft walten zu lassen

Die CVP-Fraktion nimmt das vom Stadtrat vorgelegte Budget 2015 mit grosser Besorgnis zur Kenntnis. Die CVP anerkennt, dass der Stadtrat im Vorfeld verschiedene Massnahmen zu einer Verbesserung der Situation eingeleitet hat. Die vom Stadtrat bei der Präsentation des Budgets und letzte Woche angeführten Sparmassnahmen sind aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung, sie genügen allerdings bei weitem nicht und sind noch zu wenig konkret. Das Ziel 17/0 wird damit nicht erreicht.

Für die CVP ist das geplante Defizit von rund CHF 160 Millionen zu hoch, das Ziel muss aus unserer Sicht ein möglichst ausgeglichener Haushalt sein. Daher werden wir bei vielen – aber nicht bei allen – Kürzungsanträgen mitmachen. Bei der Beurteilung lässt die Fraktion der CVP Pragmatismus und Vernunft walten. Unrealistische Kürzungsanträge wie aber auch in der jetzigen, schwierigen Situation nicht zu verantwortende Ausbauwünsche, werden von der CVP nicht unterstützt. Die CVP wird die Zustimmung zum Budget 2015

vom Ergebnis der vor uns liegenden Debatte abhängig machen und behält sich eine Ablehnung desselben explizit vor, sollte das Defizit aus unserer Sicht zu wenig reduziert werden.

Unklare Signale kommen zudem aus den Wirtschaftskreisen. Verstärken sich die Unsicherheiten aufgrund der Annahme der Zuwanderungsinitiative? Gefragt ist auch hier Augenmass. Wichtig für das weitere Gedeihen der Wirtschaft in unserer Stadt sind Verlässlichkeit, Kontinuität und Planungssicherheit. An der Aufrechterhaltung der Attraktivität unserer Stadt dürfen keine Abstriche gemacht werden.

Enttäuscht ist die CVP vom bisherigen Sparprogramm 17/0 – wir haben uns deutlich mehr versprochen. Die Richtung stimmt, das Ziel wurde aber nicht erreicht. Hier muss der Stadtrat nochmals über die Bücher und Massnahmen einleiten, die zu wirklichen Einsparungen und nicht nur zu einer „Pflasterlipolitik“ führen. Die bisher kommunizierten Sparmassnahmen sind zu wenig konkret und verfehlen das Ziel 17/0. Dank Sondereffekten, besseren Rechnungsabschlüssen und homöopathischen Spardosen konnte der Zeitpunkt eines drohenden Bilanzfehlbetrages etwas hinaus geschoben werden. Wollen wir jedoch auch mittelfristig einen Bilanzfehlbetrag vermeiden, müssen jetzt Massnahmen ergriffen werden, sonst ist es zu spät oder noch schmerzhafter als heute.

Persönliche Erklärung:

Dr. Mario Babini (parteilos) hält eine persönliche Erklärung zum Budget 2015, Genehmigung Budgetentwurf.

577. 2014/280

Weisung vom 10.09.2014:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Das Budget ist in erster Linie geprägt von einer demokratischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Notwendigkeit. Zum Gedeihen des Standorts sind entsprechende Investitionen nötig. In der Stadt Zürich herrscht Hochkonjunktur, was unter anderem gezielten Investitionen zu verdanken ist. Natürlich ist ein mittelfristiger Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben anzustreben. Da im Moment – trotz Rekordeinnahmen bei den Steuern – ein Ungleichgewicht besteht, ist klar, dass das Ergebnis verbessert werden muss. Über Effizienz- und Einnahmesteigerungen sowie über Leistungskürzungen muss zunächst ein Rechnungsausgleich herbeigeführt werden. Dies braucht aber seine Zeit. Gemäss dem aktuellen Stand der Erwartungsrechnung wird das Defizit um die 100 Millionen Franken betragen. In ihrer Forderung, die Departemente müssten die Plafonds einhalten, überschätzt sich die RPK: Die Plafonds sind lediglich ein Steuerungsmittel des Stadtrats. Der Kritik an unserer Kommunikation ist zu entgegen, dass der Stadtrat stets gesagt hat, er werde noch informieren. Die 10 %-Kürzungsanträge sind für mich nicht nachvollziehbar – erst recht nicht, wenn gleichzeitig beteuert wird, es sei eigentlich realistisch budgetiert worden. Der Stadtrat wird solche Beschlüsse nüchtern prüfen und sich Zusatzkredite und Differenzbegründungen vorbehalten. Unter dem Eindruck der Fraktionserklärungen möchte ich namentlich den bürgerlichen Parteien mitteilen, dass es verantwortungslos wäre, das Budget erst zu tragen, es dann aber trotzdem abzulehnen. Weiter gilt es darauf hinzuweisen, dass Sparen ohne Einbezug der Bereiche Personal und Bevölkerung nicht möglich ist.*

Kommissionsminderheiten:

Walter Angst (AL): *Die Grünen und die AL anerkennen, dass der Stadtrat an der Verbesserung des Budgets arbeitet. Die Frage, ob die tabellarischen Kürzungen durchzuwinken sind oder nicht, wird sich noch stellen. Der Gemeinderat muss aufpassen, dass er mit seinen Rückweisungsanträgen nicht mehr Schaden anrichtet, als*

dass er für gesunde Finanzen sorgt.

Martin Bürlimann (SVP): Gesamtaufwand, Personalaufwand, Sachaufwand, die Stellenwerte und alle Ausgaben steigen seit Jahr und Tag. Trotz der budgetierten Rekordeinnahmen kann das Defizit nicht ausgeglichen werden, und im Budget ist insgesamt kaum noch Luft. 2012 betrug die Nettoschuld 4,14 Milliarden Franken, 2013 stieg sie auf 4,35 Milliarden Franken, 2014 liegt sie bei 4,6 Milliarden Franken und für 2015 sind 5,35 Milliarden Franken budgetiert. Obwohl wir uns nicht in einer Wirtschaftskrise befinden, steigen Steuern und Abgaben sowie die Verschuldung stetig an. Somit ist das vorliegende Budget leider nicht nachhaltig. Gelegenheit, den Trend umzukehren, bietet sich nur noch dieses und wahrscheinlich nächstes Jahr. Die Anträge der Minderheiten sind moderat, das Defizit liesse sich ohne Weiteres auf Null bringen und sogar in ein Plus verwandeln – einschliesslich eine kleine Senkung des Steuerfusses. Damit könnte der Gemeinderat dem Steuerzahler ein positives Signal geben.

Eintretensdebatte:

Roger Liebi (SVP): Die Ankündigung des Finanzvorstands, möglicherweise Zusatzkredite zu beantragen, empfinde ich als arrogant und als eine Missachtung der Budgethoheit des Gemeinderats. «Zürich kostet», heisst es zwar, doch über Sparanträge wundert man sich. Mir fehlt der Glaube, dass das Sanierungsprogramm 17/0 auch nur ansatzweise Erfolg zeitigen könnte. Gegen Investitionen haben wir nichts, was uns aber stört, ist die Tatsache, dass allein der Personalaufwand innert 13 Jahren von 1,8 Milliarden Franken auf 2,7 Milliarden Franken gestiegen ist. In der gleichen Zeit ist der Gesamtaufwand um ganze 3 Milliarden Franken auf 8,5 Milliarden Franken gestiegen. Die RPK steht übrigens geschlossen hinter ihrem Bericht. Ich fordere den Finanzvorstand auf, zu den Finanzen der Stadt Sorge zu tragen.

Dr. Urs Egger (FDP): Der Stadtrat hat die Budgethoheit des Gemeinderats zu respektieren. Die Plafonds nicht mehr zu bringen, wäre ungeschickt. Sparen wird nur möglich sein, indem gewisse Ausgaben nicht mehr getätigt werden. Die Personalausgaben setzen sich übrigens aus zwei Elementen zusammen, nämlich aus der Anzahl und dem Lohn der Angestellten. Was wir fordern, ist nicht die Kürzung der einzelnen Löhne, sondern eine Reduktion der Anzahl Stellen.

Florian Utz (SP): Von der in den Fraktionserklärungen vorgetragenen Schwarzmalerei hält die SP nicht viel. Nüchtern betrachtet ist die Finanzlage längst nicht so dramatisch. Zwar ist ein Defizit von 160 Millionen Franken budgetiert, doch gilt es weitere Punkte zu beachten: Die effektive Rechnung schneidet in aller Regel zwischen 50 und 100 Millionen Franken besser ab als das Budget. 55 Millionen Franken Pauschalabzüge sind nicht budgetiert, ein Teil davon könnte aber rechnungswirksam werden. Weiter dürften die durch die Grossbanken entstandenen 400 Millionen Franken Steuerausfall kein Dauerzustand sein. Zur Überbrückung der Zeit steht uns noch ein Eigenkapital in der Höhe von knapp einer halben Milliarde Franken zur Verfügung. Das heisst aber nicht, dass die SP grundsätzlich gegen Sparmassnahmen wäre. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben selbstverständlich Anspruch auf einen verantwortungsvollen Umgang mit ihren Steuergeldern, und für die Prioritäten muss genügend Geld zur Verfügung stehen. Die Prioritäten hat die Stimmbevölkerung klar gesetzt: Bezahlbarer Wohnbau, Ausbau der Velowege und des öffentlichen Verkehrs (öV), bessere Kinderbetreuung, 2000-Watt-Gesellschaft. In diesen Bereichen haben wir deshalb zum Teil Erhöhungsanträge gestellt, gleichzeitig haben wir in anderen Bereichen und in grösserem Ausmass Kürzungsanträge gestellt, so z. B. beim Tag der offenen Tür und

beim Lärmschutz. Radikale Kürzungen, wie sie von der bürgerlichen Seite beantragt werden, lehnen wir hingegen ab, da sie massive Leistungskürzungen für die Bevölkerung zur Folge hätten.

Andrea Nüssli (SP): Ich möchte auf die Bereiche Gesundheitsversorgung und Schulpolitik näher eingehen: Den Verzicht auf eine Gebührenerhöhung in den Alterszentren finden wir richtig. Die Alterszentren müssen aber langfristig anstreben, kostendeckend zu arbeiten. Die Belastung des Mittelstands muss unter Kontrolle gehalten werden. Auch die SVP ist gegen eine Tarifierhöhung in den Alterszentren, will aber gleichzeitig eine Verringerung sowohl bei den stationären als auch bei den ambulanten Dienstleistungen durchbringen. Zudem verlangt die bürgerliche Seite auch Kürzungen bei der Aus- und Weiterbildung im Gesundheitsbereich, obwohl das Geld ja gerade dort besonders nachhaltig angelegt werden kann. Mit den schwierigen Rahmenbedingungen kommen unsere Stadtspitäler Waid (SWZ) und Triemli (STZ) relativ gut zurecht. Es ist zynisch, vom SWZ immer mehr Umsatz zu verlangen, insbesondere im Wissen, dass das angegliederte Geriatriezentrum keinen Gewinn erzielen kann. Das STZ soll aus Sicht der Bürgerlichen weniger ausgebaut werden, doch seine Wachstumsstrategie verspricht einen erfolgreichen Ausbau der medizinischen Disziplinen, in denen auch ein Gewinn erwirtschaftet werden kann. Zur Schulpolitik: Die Pilot-Tagesschule 2025 stösst eine wichtige und richtige gesellschaftliche Veränderung an.

Mauro Tuena (SVP): Der Stadtrat gibt offen zu, dass das Projekt 17/0 gescheitert ist. 2017 wird man das Ziel um 200 Millionen Franken verfehlt haben. Dies zeigt, dass der Stadtrat seine Verantwortung nicht ernst genommen hat. Die Situation ist umso bitterer, als trotz guter Steuereinnahmen das Eigenkapital angebraucht wird; dieses sollte für die wirklich schwierigen Zeiten aufgehoben werden. Wenn Florian Utz (SP) behauptet, wir wollten Stellen streichen, liegt er falsch. Ich bitte die SP, ihre Regierungsverantwortung wahrzunehmen und die Finanzen ins Lot zu bringen, damit wir den Steuerzahlenden nach der Budgetdebatte mit gutem Gewissen in die Augen schauen können.

Roger Tognella (FDP): Der von Florian Utz (SP) erwähnte Kürzungsantrag zum Tag der offenen Tür war in der RPK einstimmig und ist deshalb kaum als Produkt der SP zu betrachten. Die weiter erwähnten Stellenkürzungen sind kein tabellarischer Antrag, sondern eine Pauschalkürzung, weswegen nicht konkret von Polizei- und Feuerwehrstellen gesprochen werden kann. Von der SP hätte ich heute ein klares Votum zur Leistungsüberprüfung 17/0 erwartet. Sie lässt es aber offenbar zu, dass das Ziel immer mehr aus den Augen verloren wird. Schade finde ich auch, dass der Stadtrat die Budgethoheit des Gemeinderats wie auch die Aufgaben der RPK nicht akzeptieren will.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Es wird eine immer ungerechtere Steuerpolitik betrieben. Die Schweiz ist so reich wie noch nie, sie wird aber immer ungerechter. Es findet eine Umverteilung zugunsten der Allerreichsten statt. Ich vermisse eine klare Ansage von bürgerlicher Seite, dass eine das städtische Budget aushöhlende Steuerpolitik unbrauchbar ist.

Michael Baumer (FDP): Es sollte doch möglich sein, das ungebremste Ausgabenwachstum zu kritisieren. Der FDP und der SVP wird vorgeworfen, wir würden massive Leistungskürzungen beantragen – dies kann ich nicht nachvollziehen. Die Hoffnung der SP, die Grossbanken würden bald wieder nahezu 400 Millionen Franken Steuern zahlen, wird enttäuscht werden und mutet insofern ironisch an, als die SP bekanntlich nichts zur Förderung des Finanzplatzes beiträgt. Von massiver Umverteilung zu sprechen, ist ebenso schräg. Angesichts des ungebremsten

Ausgabenwachstums, der Planlosigkeit des Finanzvorstehers und der Verantwortungslosigkeit der grössten Partei ist Schwarzsehen inzwischen tatsächlich angesagt.

Rebekka Wyler (SP): *Die SP hat sich in der Schlussabstimmung enthalten, und diese Drohung ist durchaus ernst gemeint, vor allem für den Fall, dass in den Bereichen Personal, Kinderbetreuung, preisgünstiges Wohnen oder Umweltschutz eine Schmerzgrenze überschritten werden sollte. Der Stadtrat machte in letzter Zeit nicht den besten Eindruck, und ich zweifle, ob er sich über die finanzielle Lage der Stadt und die geplanten Massnahmen wirklich einig ist. Gleichzeitig bin ich nicht sicher, ob die bisher getroffenen Massnahmen zielführend sind. Bei den städtischen Ausgaben muss genau hingeschaut werden. Die RPK sollte besser informiert und mehr in die Finanzpolitik und -planung einbezogen werden. Der «Rasenmäher»-Ansatz der Bürgerlichen zeugt von Planlosigkeit und Sachfremdheit. Die Einnahmen der öffentlichen Hand gehen nicht zuletzt aufgrund von Steuergeschenken an Grossverdiener und juristische Personen zurück. Die Steuerausfälle werden von bürgerlicher Seite genehmigt, anschliessend fordert sie aber allorten Kürzungen. Dabei geht es ihr um eine gezielte Verknappung öffentlicher Gelder, um Sparmassnahmen zu Ungunsten breiter Bevölkerungsschichten zu rechtfertigen.*

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Was Florian Utz (SP) über die beabsichtigten Stellenstreichungen gesagt hat, stimmt. Zur Begründung des Antrags 023 werden «natürliche Fluktuationen, Reduktion 5,8 % für 2. Halbjahr 2015» angeführt. Stellenstreichungen bei der Polizei oder bei der Feuerwehr sind unter diesem Antrag sehr wohl möglich.*

Min Li Marti (SP): *Die SP kann nicht für alles die Verantwortung übernehmen, so z. B. nicht für die aktuelle Lage der beiden Grossbanken und des Finanzplatzes allgemein, ebenso wenig auch für die hohen Steuerausfälle. Die Freisinnigen hätten die Möglichkeit gehabt, bei Antrag 023 zu bestimmen, wo genau Stellen abgebaut werden sollen, es fehlt ihnen aber offensichtlich am nötigen Verantwortungsbewusstsein.*

Marc Bourgeois (FDP): *Der Finanzvorstand hat das Budget einzuhalten und nicht mit Zusatzkrediten zu drohen. Die Alternative zu den sogenannten «Rasenmäher-Anträgen» wären allzu konkrete Eingriffe ins operative Geschäft der Stadt, die es schon allein aus Zeitgründen zu vermeiden gilt. Durch Wegbrechen eines Geschäftsfeldes hatten die Grossbanken im Prinzip auch ein strukturelles Defizit. Reagiert haben sie ebenfalls mit Plafonds, die es einzuhalten galt. So muss es auch in der Stadt Zürich laufen. Wenn aber das Problem tatsächlich in einer Umverteilung zu den Allerreichsten gesehen wird, zeugt dies von einer verzerrten Wahrnehmung. Fakt ist: Wir haben Rekordsteuereinnahmen und trotzdem ein Rekorddefizit. 20 % der Bevölkerung zahlt ungefähr 80 % der Steuern. Ausserdem steigen die Erträge aus Gebühren noch stärker an als die Steuererträge. Die 300 Reichsten sind für die Stadt völlig irrelevant, Leistungsträger ist vielmehr der Mittelstand.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Die Voten der Gegenseite wie auch der Angriff des Finanzvorstands auf das Parlament haben mich schockiert. Der Zweckoptimismus, der im Zusammenhang mit den momentan guten Steuereinnahmen und der Hoffnung auf die Grossbanken verbreitet wird, erinnert an gewisse europäische Krisenstaaten. Uns wird das «Rasenmähen» vorgeworfen, während die andere Seite den Rasen sprengeln will, obwohl fast kein Wasser vorhanden ist.*

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Zu unserer Richtigstellung und zur Bekräftigung der Debatte zitiere ich den zweitletzten Satz unserer Fraktionserklärung: «Die SP teilt das*

Ziel des Stadtrats: Das Defizit muss in den nächsten Jahren auf eine schwarze Null reduziert werden.»

Roger Liebi (SVP): *Es kommt nicht auf den Inhalt der Fraktionserklärungen an, sondern auf die Taten. Florian Utz (SP) hat uns einen tabellarischen Antrag zur Streichung von Polizeistellen unterstellt, dabei ist in Antrag 023 weit und breit keine Tabelle zu finden. Im Vergleich zu 2010 haben wir 800 Millionen Franken mehr Erträge, daher ist es eine Frechheit, den Leuten ein Wegbrechen der Einnahmen weismachen zu wollen. Das Problem sind vielmehr die wachsenden Ausgaben.*

Florian Utz (SP): *Hier noch ein paar Fakten zu Antrag 023: Die natürliche Fluktuation von 5,8 % soll nirgends ersetzt werden, also auch nicht z. B. bei der Stadtpolizei (Stapo). Der Betrag ist auf hundert Franken genau ausgerechnet; er setzt sich zusammen aus 5,8 % der Löhne aller Dienstabteilungen, einschliesslich der 6 226 800 Franken der Stapo und der 1 934 100 Franken von Schutz und Rettung (SRZ). Soll die Stapo ausgenommen werden, kann der Antrag unter entsprechendem Vermerk in der Begründung und einer neuen Verbesserung von 30 778 400 Franken geändert werden. Soll zusätzlich auch SRZ ausgenommen werden, müsste eine Verbesserung von neu 28 844 300 Franken beantragt werden.*

Mauro Tuena (SVP): *Entweder schimpft man auf die Banken und verzichtet konsequent auf deren Steuergeld oder man anerkennt ihren wesentlichen Beitrag, den sie lange gezahlt haben, und nimmt das Geld an.*

Roger Tognella (FDP): *Ich gehe davon aus, dass die SP mit einer Änderung des Antrags 023 nicht einverstanden wäre. Ihre Verantwortung im Stadtrat und das Projekt 17/0 will die SP auch nicht ernst nehmen. Der von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) angeführte zweitletzte Satz der SP-Fraktionserklärung ist ziemlich inhaltsleer.*

Eintreten ist unbestritten.

Beschlüsse:

Antrag 001.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): *Aus der Vergangenheit wissen wir, dass der Budgetposten Aus- und Weiterbildung des Personals in allen aufgeführten Dienstabteilungen nicht ausgeschöpft wird. Deshalb wird eine Kürzung um 1,72 Millionen Franken gemäss der Tabelle beantragt.*

Walter Angst (AL): *Ein paar einleitende Bemerkungen zu den Tabellenkürzungen: Im Zusammenhang mit 17/0 wurde die Befürchtung laut, wichtige Mitarbeiter der Stadtverwaltung könnten sich aus einem Gefühl der Unsicherheit oder der Angst heraus nach einer anderen Stelle umsehen. Die Vorgesetzten haben in dieser Situation eine entscheidende Funktion inne. Mittels Plafonds setzte der Stadtrat relativ klare Richtlinien, was in den einzelnen Departementen und Dienstabteilungen offenbar zu Stress führte. Es ist fraglich, ob es Sinn macht, derart in die Stadtverwaltung einzugreifen. Die aufgeführten Zahlen sind auch gar nicht real, weil die meisten Kürzungen in Dienstabteilungen mit geschlossenen Rechnungskreisen oder Globalbudgets stattfinden und somit gar keine Auswirkungen aufs Budget haben. Deshalb sollte auf solch flächendeckende Lis-*

tenanträge verzichtet werden, auch wenn dies in einem gewissen Sinn unbefriedigend ist. Gewisse Signale im Personalbereich zu setzen mag zielführend sein, im konkreten Fall aber gerade nicht: Die Stadt gibt ja lediglich 0,8 % dafür aus. Und Weiterbildung trägt sicher mehr zur Motivation der Angestellten bei als Lohnmassnahmen, die der Stadtrat in den nächsten drei Jahren ohnehin aussetzen will.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *17/0 ist nichts anderes als ein Sanierungsprogramm, und dessen – sowie der Bedeutung einer Sanierung – sollte sich auch die linke Seite endlich bewusst werden. Im vorliegenden Tabellenantrag sind übrigens keinerlei Globalbudgets enthalten.*

Michael Baumer (FDP): *Besser wäre es in der Tat gewesen, der Stadtrat hätte alle diese Kürzungsanträge quasi vorweggenommen und selber umgesetzt. Für das Personal unbefriedigend ist vor allem die unentschiedene Sparübung des Stadtrats.*

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 28, Beschluss-Nr. 577/2014).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

585. 2014/404

Globalbudgetantrag von Andreas Kirstein (AL) vom 10.12.2014: Globalbudget Alterszentren, Einführung neuer Steuerungsvorgaben zu den Kostendeckungsgraden

Von Andreas Kirstein (AL) ist am 10. Dezember 2014 folgender Globalbudgetantrag eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert im Globalbudget Alterszentren, Produktgruppe 1, Alterswohnen mit Pflege, die Einführung folgender neuer Steuerungsvorgaben zu prüfen:

Kostendeckungsgrad Hotellerietaxen

Kostendeckungsgrad Betreuungstaxen

Kostendeckungsgrad Pflorgetaxen

Begründung:

Zur Festsetzung der gestaltbaren Tarifeile ist die Kenntnis des anzustrebenden Kostendeckungsgrades und dessen jährliche Zielerreichung unerlässlich.

Mitteilung an den Stadtrat

Der Globalbudgetantrag wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

586. 2014/267

Schriftliche Anfrage von Eduard Guggenheim (AL) und Corinne Schäfli (AL) vom 27.08.2014:

Liegenschaften am Burenweg 26 und 28, Hintergründe zu den früheren Ausschreibungen zur Abgabe im Baurecht sowie zum Stand der Planung für die Instandsetzung und zur künftigen Nutzung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1016 vom 26. November 2014).

587. 2014/277

Schriftliche Anfrage von Sven Sobernheim (GLP) und Maleica Landolt (GLP) vom 03.09.2014:

Verwendung von Einweginstrumenten im städtischen Gesundheitswesen, verwendete Materialien, Ausmass des anfallenden Abfalls sowie Möglichkeiten des Recyclings

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1007 vom 26. November 2014).

588. 2014/327

Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.10.2014:

Theater Neumarkt, Entwicklung der Besucherzahlen und der Ticketeinnahmen sowie Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1004 vom 26. November 2014).

Nächste Sitzung: 10. Dezember 2014, 17 Uhr.